

# ÖVP hat Hintertürchen zu den Freiheitlichen

Beim für Sebastian Kurz so wichtigen Migrationsthema ist im Fall einer Krise die Mehrheitsbeschaffung im freien Spiel der Kräfte erlaubt.

**INGE BALDINGER**

**WIEN.** Was tun, wenn eine Migrationskrise ausbricht und schleunigst gehandelt werden muss? Das ist die einzige Frage, in der es die türkisen und grünen Verhandler nicht schafften, einen Kompromiss zu finden. Gelöst wurde die Pattstellung so: Sollte es den Regierungspartnern im Fall des Falles tatsächlich nicht gelingen, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen, steht es ÖVP wie Grünen frei, die im Ministerrat zwingend vorgesehene Einstimmigkeit zu umschiffen, indem sie ihre Vorstellungen per Initiativantrag direkt ins Parlament bringen und dort eine andere Mehrheit suchen.

Werner Zögernitz, grundsätzlich kein Fan des koalitionsfreien Raums, kann der so ungewöhnlichen wie neuen Lösung in dem laut Regierungsübereinkommen auf „Krisen im Bereich Migration und Asyl“ beschränkten Fall etwas abgewinnen. „Bei zwei Parteien mit derart unterschiedlichen Wertvorstellungen in dieser Frage halte ich das für zulässig und vertretbar, aber auch für risikobehaftet“, sagt der

Präsident des Instituts für Parlamentarismus und Demokratiefragen im SN-Gespräch.

Auf den ersten Blick nützt das Hintertürchen ausschließlich der ÖVP: Sie hat gemeinsam mit der FPÖ (30 Mandate) – die in der Asyl- und Migrationspolitik eine noch strengere Linie als die Volkspartei verfolgt – eine komfortable Mehrheit von 101 Mandaten, inklusive

## Mehrheit gegen ÖVP ist nur mit FPÖ möglich

der „Wilden“ Philippa Strache sind es 102. Möglich, aber aus ideologischen Gründen kaum vorstellbar, ist ferner eine türkis-rote Mehrheit: Die 71 ÖVP-Mandate gemeinsam mit den 40 SPÖ-Mandaten ergäben satte 111 Stimmen.

Die Grünen (26 Mandate) würden nur dann eine Mehrheit gegen die ÖVP schaffen, wenn sie mit SPÖ und FPÖ gemeinsame Sache machen. Eine Mehrheit ohne FPÖ geht sich nicht aus: Grüne, SPÖ und Neos zusammen haben nur 81 Mandate, das sind für die notwendige Mehrheit von 92 um elf zu wenig.

Zögernitz interpretiert den im Koalitionspakt festgelegten Mechanismus denn auch als „eine Art Rute im Fenster“. Dass die ÖVP davon Gebrauch machen wird, bezweifelt er, zumal damit fraglos ein Wirbel in der Opposition ausgelöst würde, der die Regierung in Schwierigkeiten bringen könnte. Freilich werde man genauer definieren müssen, was mit „Krisen im Bereich Migration und Asyl“ gemeint sei.

Genau festgelegt ist dagegen im Regierungspakt das Prozedere: Erst einmal muss im „koalitionären Koordinierungsprozess“ versucht werden, eine Einigung zu finden. Klappt das nicht, ist der Koordinierungsausschuss zu befassen. Gelingt auch da kein Durchbruch, „ist ein Gespräch zwischen Kanzler und Vizekanzler zwingend erforderlich“. Scheitern auch die Chefs, kann das freie Spiel der Kräfte im Parlament wirksam werden, wobei bei mittels Initiativantrag eingebrachten Gesetzen eine Ausschussbegutachtung „zwingend notwendig“ ist. Eine Begutachtung ist auch dann vorgesehen, wenn eine Verordnung zur Krisenbewältigung reichen sollte.